

BOLIVIEN

SUSANNE KÄSS

4. Januar 2011

www.kas.de/bolivienwww.kas.de

Abrupter Anstieg der Benzinpreise und politische Konfrontationen sorgen für eine Zunahme des Konfliktpotentials in Bolivien

Zu Weihnachten hatte die bolivianische Regierung ein ganz besonderes Geschenk für die Bevölkerung parat. Am 26. Dezember verkündete sie den sprunghaften Anstieg der Preise für Benzin, Diesel und Kerosin, die bisher vom Staat subventioniert worden waren. Daraufhin kam es in der Woche vor Silvester zu gewalttätigen Ausschreitungen. Die Regierung fühlte sich sichtlich bedroht und zog das Dekret wenige Stunden vor Mitternacht am 31.12.2010 zurück.

Auch das Verhältnis zwischen Opposition und Regierung ist nach der Suspendierung des Gouverneurs von Tarija, Mario Cossío, und den Vorwürfen gegen den Bürgermeister von La Paz, Luis Revilla, und dessen Vorgänger Juan Del Granado stark angespannt. Die Katholische Kirche kritisiert den Verlust von demokratischen Freiheiten in Bolivien und wird von der Regierung angegriffen.

Anstieg der Kraftstoffpreise löst Chaos im Land aus

Das Regierungsdekret 748, das die Erhöhung der Kraftstoffpreise festlegte, wurde als „Gazolinazo“, also als Benzinschlag gegen die Bevölkerung bezeichnet. In den Wochen vor Weihnachten war ein Fernsehspot der Regierung ausgestrahlt worden, in dem der Benzinpreis in Bolivien mit den Benzinpreisen in den Nachbarländern verglichen wurde. Kernaussage war, dass der niedrige Preis in Bolivien zum Schmuggel führe. Experten vermuteten bereits zu diesem Zeitpunkt, dass durch diesen Spot eine Erhö-

hung der Kraftstoffpreise politisch vorbereitet werden sollte, obwohl Vertreter der Regierung wie z.B. Wirtschaftsminister Arce diesen Verdacht vehement zurückwiesen.

Niemand hatte allerdings mit der abrupten Erhöhung gerechnet, die am zweiten Weihnachtsfeiertag angekündigt wurde: Der Dieselpreis stieg von 3,72 Bolivianos pro Liter auf 6,80 Bs. (83%), das Benzin von 3,74 Bs. auf 6,47 Bs. (73%) und Flugzeugtreibstoff von 2,77 Bs. auf 5,50 Bs. (99%). Nur der Gaspreis blieb stabil. Da Präsident Evo Morales sich zum Zeitpunkt der Bekanntmachung des Dekrets in Venezuela befand, übernahm Vizepräsident Álvaro García Linera diese undankbare Aufgabe. Er begründete die Maßnahme mit dem ausufernden Schmuggel der subventionierten bolivianischen Kraftstoffe in die Nachbarländer, dem man leider durch Grenzkontrollen nicht Herr werden könne. Im Jahr 2010 habe Bolivien Subventionen in Höhe von 380 Millionen US-Dollar zahlen müssen, um die Kraftstoffpreise niedrig halten zu können. Es sei undenkbar, dass davon in Zukunft weiterhin das Ausland profitiere. Außerdem sei die Subvention sozial nicht gerecht, da sie auch der „reichen Familie mit fünf Luxusautos zugute kommt, deren Sohn im Hummer spazieren fährt“. Auch produziere Bolivien nicht genug Erdöl, da es keine Anreize zur Produktion gäbe.

In der Tat ist die Ölproduktion seit der Nationalisierung des Erdöl- und Erdgassektors im Jahr 2006 ständig zurückgegangen. Da im Land selbst nicht genug Kraftstoffe produziert werden, müssen Benzin und Diesel

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOLIVIEN

SUSANNE KÄSS

4. Januar 2011

www.kas.de/bolivien

www.kas.de

importiert werden. Das Versprechen an die Bevölkerung im Rahmen der Nationalisierung lautete, die Kraftstoffpreise niedrig zu halten und die Gewinne aus dem Sektor in Projekte zu investieren, die direkt der Bevölkerung zugute kommen. Um das Ziel der Preisstabilität erfüllen zu können, forderte die Regierung den Preis pro Barrel Rohöl auf 27 US-Dollar ein, der internationale Ölpreis liegt momentan bei 91 US-Dollar pro Barrel. Laut Regierung sollte der Preis pro Barrel in Bolivien durch das Dekret 748 auf 59 US-Dollar steigen. Der Vizepräsident begründete die unpopuläre Entscheidung außerdem mit dem für eine sozialistische Regierung doch sehr liberalen Argument, dass der Produktionsrückgang auf fehlende Gewinnanreize zurückzuführen sei.

Die Bevölkerung reagierte am zweiten Weihnachtsfeiertag mit Panik. Innerhalb kürzester Zeit nach der Bekanntgabe des Dekrets bildeten sich vor den Tankstellen kilometerlange Autoschlangen, um noch ein letztes Mal zum alten Preis voll tanken zu können. In den meisten Supermärkten in La Paz brach völliges Chaos aus und die Menschen kauften sämtliche Grundnahrungsmittel auf. Die Preise von Reis, Mehl, Zucker, Nudeln, Öl, Brot und Gemüse stiegen bereits am Tag nach dem „Gazolinazo“ auf den Märkten deutlich an. Nach kürzester Zeit wurden Grundnahrungsmittel auf allen Märkten in La Paz knapp und der Zucker war sogar gänzlich ausverkauft. Es fanden scharfe Demonstrationen und Proteste im ganzen Land statt. Besonders vom Preisanstieg betroffen waren der Landwirtschaftssektor und die Transportunternehmen, von denen einige sofort nach Verkündung des Dekrets einen unbestimmt langen Generalstreik ausriefen. Die Transportunternehmen, die arbeiteten, verlangten in vielen Fällen den doppelten Fahrpreis, obwohl die Regierung nur eine Erhöhung der Preise um 30% gestattet hatte, auf die sich die Unternehmer allerdings nicht einlassen wollten. Die Regierung setzte in den Städten Militär für den Personentransport ein.

Aber nicht nur diese Sektoren, sondern die gesamte Bevölkerung, insbesondere kaufschwache Schichten, waren betroffen. Experten sagten einen deutlichen Anstieg der

Preise aller Grundnahrungsmittel voraus. Da viele Geringverdiener in La Paz arbeiten und in El Alto wohnen, gaben sie bereits vor Inkraftsetzung des Dekrets einen beträchtlichen Teil ihres Gehalts für öffentliche Verkehrsmittel aus. Viele führten an, es sich nicht mehr leisten zu können, zur Arbeit zu fahren, sollten die Transportunternehmen die Fahrpreise wirklich verdoppeln.

Im Fernsehspot stellte die Regierung den Vergleich mit den Nachbarländern an, berücksichtigte jedoch nicht, dass man die florierenden Volkswirtschaften von Chile, Brasilien und Peru nicht mit der bolivianischen Wirtschaft vergleichen kann. Der Mindestlohn in Bolivien liegt bei 97 US-Dollar, in Peru bei 211 US-Dollar, in Brasilien bei 297 US-Dollar und in Chile bei 333 US-Dollar im Monat. Besonders die Unternehmer zeigten sich über die drastische Maßnahme besorgt. Der Anstieg der Kraftstoffpreise hätte auch einen Anstieg der Kosten für Produktionsfaktoren mit sich gebracht. Gleichzeitig wäre es zu einer starken Inflation gekommen und die Arbeitnehmer hätten beträchtliche Gehaltserhöhungen gefordert. Außerdem hat die Regierung im Dezember ein neues Rentengesetz erlassen, das die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung um 3% erhöht. Mit diesen Zusatzeinnahmen und einem Sonderbeitrag für Besserverdiener will die Regierung einen Solidaritätsfonds einrichten, der die Renten derer finanzieren soll, die nicht genug einzahlen konnten. Unternehmer sahen durch diese Mehrkosten für die Privatwirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit bolivianischer Unternehmen besonders auf internationalen Märkten durch das Dekret 748 stark gefährdet.

Volkswirte kritisierten am „Gazolinazo“ vor allem den sprunghaften extremen Preisanstieg, den die schwache bolivianische Wirtschaft ihrer Meinung nach so nicht hätte verkraften können. Ein gradueller Anstieg sei empfehlenswerter. Vor allem wurde eine starke Inflation befürchtet, die für das Jahr 2010 vor Bekanntgabe des Dekrets bereits bei 6% lag. Die Regierung kündigte an, dass die staatlich verordnete und für alle Unternehmen zwingende Gehaltserhöhung im Jahr 2011 deutlich höher liegen würde als 2010, wo sie 5% betrug. Doch Unter-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOLIVIEN

SUSANNE KÄSS

4. Januar 2011

www.kas.de/bolivien

www.kas.de

nehmerverbände kritisieren schon länger die jährlichen Dekrete, die eine prozentuale Gehaltserhöhung für alle Mitarbeiter vorschreiben, da die Wirtschaft diese nicht mehr tragen könne und da sich dadurch die Spanne zwischen hohen und niedrigen Gehältern noch vergrößere.

Weiterhin wiesen Experten auf die Widersprüchlichkeit der Wirtschaftspolitik hin. Einerseits glaubt die Regierung der Partei *Movimiento al Socialismo* (Bewegung zum Sozialismus) nicht an freie Märkte und die Informationsfunktion sich frei bildender Preise, ein Beispiel dafür sind die in letzter Zeit per Regierungsdekret festgelegten Preisobergrenzen für verschiedene Produkte und das Exportverbot z.B. für Zucker. Andererseits wollte sie durch das Dekret mit sofortiger Wirkung die Kraftstoffpreise an die Weltmarktpreise für Öl binden, was in der Zukunft weitere Preiserhöhungen mit sich hätte bringen können. Den Bürgern war jedenfalls nicht zu vermitteln, dass Bolivien zwar laut der Regierung so reich ist wie nie, sich die finanzielle Situation jedes einzelnen jedoch nicht verbessert hat und durch den „Gazolinazo“ sogar deutlich verschlechtert hätte. Dadurch hat die Regierung an Glaubwürdigkeit verloren. Experten vermuten, dass die wirtschaftliche Situation Boliviens doch nicht so rosig ist wie von der Regierung behauptet und dass die Mehreinnahmen aus der Kraftstoffsteuer und der Wegfall der Subventionen Haushaltslöcher stopfen sollten.

Am 29.12.2010 wandte sich Präsident Evo Morales ans Volk, um für das Dekret zu werben. Die Bevölkerung erwartete die Ansprache mit großen Hoffnungen, da Kompensationsmaßnahmen für die wirtschaftlichen Folgen des Dekrets bekannt gegeben werden sollten. Erstmals erlebte die Bevölkerung dabei einen unsicheren und wenig souveränen Präsidenten, der Probleme hatte, die volkswirtschaftliche Notwendigkeit des Dekrets anschaulich darzustellen. Bei Experten löste es Spott aus, als er anführte, Frauen schmuggelten Benzin in den Trinkflaschen ihrer Babys und fügten somit der bolivianischen Wirtschaft gigantischen Schaden zu. Die Regierung sei allerdings gewillt, durch Kompensationsmaßnahmen

den wirtschaftlichen Druck von der Bevölkerung zu nehmen. Der Mindestlohn werde von 97 auf 115 US-Dollar erhöht, Polizei, Streitkräfte, Mitarbeiter des Gesundheitssystems und Lehrer bekämen eine Gehaltserhöhung von 20%, die Transferleistungen für Schulkinder würden von 28 auf 42 US-Dollar erhöht und die durch den Subventionswegfall freiwerdenden Mittel würden vor allem in Bewässerungsprogramme für die Landwirtschaft investiert.

Obwohl der Präsident in seiner Ansprache immer wieder betonte, dass es ihm nicht um sein Image, sondern um das Wohl seines Landes ginge, konnte er die Bevölkerung nicht überzeugen. Am Tag nach der Ansprache kam es zu einem Generalstreik der Transportunternehmen, des Gewerkschaftsverbandes COB (*Central Obrera Boliviana*) und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Bevölkerung fasste es als Hohn auf, dass die Regierung durch die angekündigten Kompensationsmaßnahmen nur bestimmte Sektoren begünstigen wolle, darunter Polizei und Militär „um die Proteste in Schach zu halten“. Die Ausschreitungen waren erschreckend gewalttätig. Busfahrer, die den Streik zu umgehen suchten, wurden öffentlich ausgepeitscht, in La Paz wurden die Mautstationen an der Autobahn und mehrere Autos abgebrannt, die Fahne von Venezuela wurde von wütenden Bürgern verbrannt, das Denkmal des Che Guevara in El Alto sollte zu Fall gebracht werden, Ministerien wurden mit Brandsätzen und Steinen beschmissen und in Cochabamba ging die Bevölkerung auf die Polizei los, wobei es viele Verletzte gab. Die Demonstranten forderten die Rücknahme des Dekrets und drohten mit einer Totalblockade von La Paz ab dem 3. Januar. Eine solche Blockade hatte 2003 den Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada zu Fall gebracht.

Außerdem geschah etwas, was vor wenigen Wochen noch undenkbar gewesen wäre: Die aufgebrachte Menge verbrannte Fotos des Präsidenten Evo Morales und forderte seinen Rücktritt. Man fühle sich von ihm verraten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOLIVIEN

SUSANNE KÄSS

4. Januar 2011

www.kas.de/bolivien

www.kas.de

Vom 29. bis 31. Dezember kursierte hinzu das Gerücht, die Regierung wolle nach argentinischem Vorbild die Bankkonten einfrieren, um eine mögliche Kapitalflucht zu verhindern. Die Banken kollabierten nahezu und in diesen Tagen wurden ca. 200 Millionen US-Dollar abgehoben.

Der Präsident schien mit dieser starken Reaktion der Bevölkerung nicht gerechnet zu haben. Er befürchtete scheinbar, wirklich gestürzt werden zu können und zog das Dekret am 31.12.2010 kurz vor Mitternacht zurück. Die Situation im Land hat sich seitdem wieder normalisiert. Die Preise im öffentlichen Nahverkehr und für Lebensmittel sind wieder auf das Niveau vor dem „Gazolinazo“ gesunken. Trotzdem hat die Regierung ihren ersten harten politischen Rückschlag erlitten. Das Vertrauen der Bevölkerung ist stark angeschlagen. Die Regierung hat sich unglaublich gemacht. Evo Morales hatte 2004 den Rücktritt des Präsidenten Carlos Mesa gefordert, als dieser eine Erhöhung der Benzinpreise um 10% durchzusetzen suchte. Morales wird in die Geschichte eingehen als Präsident, der die Benzinpreise beinahe verdoppeln wollte und dann kalte Füße bekam. Trotz der Rücknahme des Dekrets fordern soziale Bewegungen den Rücktritt von Wirtschaftsminister Arce und Vizepräsident García Linera. Die Regierung hat auch die Kompensationsmaßnahmen zurückgezogen, doch Lehrer und Polizisten fordern trotzdem Gehaltserhöhungen von mindestens 20%. Der „Gazolinazo“ wird vor allem Folgen haben, da die Bevölkerung die Wirtschaftskompetenz dieser Regierung erstmals stark hinterfragt.

Opposition wird in die Ecke gedrängt

Der überwältigende Wahlerfolg von Evo Morales und der Regierungspartei MAS bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Dezember 2009 hat den Niedergang des traditionellen Parteiensystems besiegelt und die Schwäche der Opposition auf nationaler Ebene deutlich gemacht. Bei den Departements- und Kommunalwahlen im April 2010 wurde jedoch deutlich, dass sich die große Popularität von Evo Morales nicht automatisch auf andere Kandidaten des MAS übertragen lässt und dass die Opposition auf re-

gionaler Ebene durchaus Schlagkraft besitzt. So konnte der MAS z.B. nur in drei der zehn Großstädte des Landes den Bürgermeisterposten gewinnen.

Seit ihrem Amtsantritt im Mai 2010 sind allerdings bereits sieben oppositionelle Bürgermeister und ein oppositioneller Gouverneur von ihren Ämtern suspendiert worden. Kritiker sehen darin eine Strategie der Regierung, die Oppositionellen rechtlich zu verfolgen, die sie an der Wahlurne nicht besiegen konnten.

Rechtsgrundlage für die Suspendierungen ist das im Juli 2010 verabschiedete Autonomiegesetz, das die vorübergehende Suspendierung von gewählten Politikern vorsieht, falls ein Staatsanwalt eine formale Anklage gegen diese erhebt. Zahlreiche Verfassungsrechtler halten das Gesetz für verfassungswidrig, da die Magna Charta nur dann eine Amtsenthebung vorsieht, wenn ein rechtlicher Prozess bereits abgeschlossen ist und ein Gerichtsurteil vorliegt.

Oppositionelle beklagen diese Strategie, da die Justiz in Bolivien nicht mehr unabhängig sei und somit keinerlei Rechtssicherheit bestehe. Seit dem Amtsantritt von Evo Morales im Jahr 2006 wurden die nicht regierungstreuen Richter des Obersten Gerichtshofes und des Verfassungsgerichts nach und nach zum Rücktritt gedrängt. Das Verfassungsgericht war somit bereits ab November 2007 ohne Quorum und der Oberste Gerichtshof ab Mai 2009. Im Februar 2010 erließ die Gesetzgebende Versammlung auf Initiative der Regierung hin eine Norm, die den Präsidenten befähigte, die Vakanz im Obersten Gerichtshof, im Verfassungsgericht und im Justizrat zu besetzen und die Richter persönlich auszuwählen, wovon er noch im selben Monat Gebrauch machte.

Die Suspendierungen, die am meisten für Aufsehen gesorgt haben sind die des Bürgermeisters der Hauptstadt Sucre, Jaime Barrón, des Bürgermeisters von Potosí, René Joaquino und des Gouverneurs von Tarija, Mario Cossío.

Jaime Barrón wurde am 4. April 2010 als Kandidat der Bürgerbewegung PAIS (*Pacto*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOLIVIEN

SUSANNE KÄSS

4. Januar 2011

www.kas.de/bolivien

www.kas.de

de Integración Social) mit 47,2% der Stimmen zum Bürgermeister von Sucre gewählt. Die zweitplatzierte Kandidatin des MAS (*Movimiento al Socialismo*) wurde lediglich von 31,3% der Wähler unterstützt. Doch wurde ihm der klare Wahlsieg schnell wieder aberkannt. Der Stadtrat suspendierte Barrón bereits im Juni 2010, nachdem ein Staatsanwalt eine formale Anklage gegen den Bürgermeister erhoben hatte.

Barrón, Volkswirt und Absolvent des katholischen Priesterseminars, wird vorgeworfen, intellektueller Autor und somit Anstifter der Konfrontationen in Sucre im Mai 2008 zu sein. Zu diesem Zeitpunkt war er Rektor der staatlichen Universität *San Francisco Javier de Chuquisaca* in Sucre und Präsident des interinstitutionellen Komitees. Dieses hatte im Rahmen des Verfassungsprozesses die Behandlung der Hauptstadtfrage in der Verfassungsgebenden Versammlung gefordert. Auf dem Papier ist Sucre die Hauptstadt Boliviens, der Regierungssitz befindet sich jedoch seit 1899 in Folge des so genannten „Föderalen Kriegs“ in La Paz. Eine Bürgerinitiative forderte die Rückkehr der Regierungsinstitutionen nach Sucre. Der bolivianische Vizepräsident Álvaro García Linera lehnte den Antrag der Bürger ab, das Thema in der Verfassungsgebenden Versammlung zu behandeln. Daraufhin demonstrierten im November 2007 Tausende von Bürgern gegen eine Sitzung der Verfassungsgebenden Versammlung in Sucre, bei der bestätigt werden sollte, die Hauptstadtfrage im Rahmen der Verfassungsdiskussion nicht weiter zu behandeln. Es kam zu Ausschreitungen zwischen Demonstranten einerseits und Polizei und Militär andererseits, bei denen drei Demonstranten getötet und 400 verletzt wurden. Dieser Vorfall führte zu einer Welle der Gewalt in Sucre. Das Verhältnis zwischen Bewohnern der Stadt und der Zentralregierung ist seitdem gespannt. Am 24. Mai 2008 kam es in Sucre zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Bürgern aus Sucre, vor allem Studenten der Universität, und Bauern aus dem Umland. Die ca. 20.000 Bauern wollten Präsident Evo Morales, der zum Jubiläum des Departements Chuquisaca und zur Übergabe von Krankenwagen anreisen sollte, in Empfang nehmen. Die Studenten zwangen die Bau-

ern, den Boden Suces zu küssen und somit Sucre als Hauptstadt Boliviens anzuerkennen. Sowohl die Regierung, als auch Jaime Barrón verurteilten diese Demütigung der Bauern scharf. Die Regierung sah diese als rassistisch motiviert an, wohingegen die Bewohner von Sucre anführten, dass ein ideologisch-politischer Konflikt außer Kontrolle geraten sei.

Es liegen keine Beweise gegen Jaime Barrón vor. Trotzdem ordnete ein Richter am 15. Dezember seine Verhaftung an, da Fluchtgefahr bestünde. Barrón hatte im September eine Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einer Studienreise nach Deutschland abgelehnt, um den Verdacht der Fluchtgefahr nicht aufkommen zu lassen. Nach der Verhaftung kam es in Sucre zu massiven Demonstrationen von Anhängern Barróns, die die Unschuld des ehemaligen Universitätsrektors und Bürgermeisters beteuerten. Barrón habe immer versucht, Gewalt zu verhindern und habe alle Beteiligten mehrfach zur Besonnenheit und zur friedlichen Konfliktaustragung aufgefordert. Nachdem sein Anwalt die Untersuchungshaft angefochten hatte, wurde Barrón am 10. Dezember 2010 gegen eine Kautions von 30.000 Bolivianos (ca. 3200 Euro) aus dem Gefängnis entlassen. Er steht unter Hausarrest und darf Sucre nicht verlassen.

Zwei Tage nach der Verhaftung von Jaime Barrón wurde der ebenfalls im April mit 67% der Stimmen gewählte und später suspendierte Bürgermeister von Potosí, René Joaquino, zu drei Jahren Haft verurteilt. Er ist bereits zum dritten Mal Bürgermeister von Potosí und man wirft ihm vor, er habe in der vorhergehenden Amtsperiode der Gemeinde durch den Kauf von gebrauchten Autos im Jahr 2006 wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Joaquino legte im Rahmen seiner Verteidigung Dokumente vor, die den gesamten Kaufprozess einschließlich Korrespondenz mit dem Finanzministerium dokumentieren, um zu beweisen, dass ihn keine Schuld trifft. Er wurde trotzdem verurteilt. Die Verurteilung trifft Joaquino vor allem schwer, da ihm dadurch die Politikkarriere in Zukunft versperrt bleibt. Wer vorbe-

BOLIVIEN

SUSANNE KÄSS

4. Januar 2011

www.kas.de/bolivienwww.kas.de

strafte ist, darf laut Verfassung nicht für politische Ämter kandidieren.

Am 15. Dezember 2010 wurde der Gouverneur von Tarija, Mario Cossío, von der departementalen Gesetzgebenden Versammlung suspendiert. Ein Staatsanwalt hatte am 9. Dezember wegen eines Verfahrensfehlers in seiner Zeit als Präfekt formal Anklage gegen ihn erhoben. Die Firma IMBOLSUR, die zum Bau einer Landstraße verpflichtet worden war, lieferte den benötigten Zement nicht und es entstand ein wirtschaftlicher Schaden von 1,3 Millionen Bolivianos (ca. 138.000 Euro), da die Präfektur den Schaden nicht fristgerecht bei der Versicherung reklamierte.

Kommt es zu einer formalen Anklage gegen einen Gouverneur, so ist es laut dem Autonomiegesetz Aufgabe der departementalen Gesetzgebenden Versammlung, die Suspendierung vorzunehmen und aus den Reihen der departementalen Abgeordneten einen vorübergehenden Gouverneur zu benennen. Die Gesetzgebende Versammlung in Tarija setzte nach der Suspendierung Cossíos den MAS-Politiker Lino Condori als Interimgouverneur ein. Die Suspendierung fand drei Tage später statt als geplant, da sich die Abgeordneten des MAS und der mit dem MAS verbündeten Partei PAN (*Poder Autónomo Nacional*) nicht auf den Nachfolger von Cossío einigen konnten. MAS und PAN stellen gemeinsam 16 lokale Abgeordnete und verfügten somit in der 30 Mitglieder zählenden departementalen Gesetzgebenden Versammlung über die nötige Mehrheit zur Suspendierung Cossíos und zur Wahl des Nachfolgers. Sogar Präsident Evo Morales griff in die Verhandlungen ein und zeigte sich sehr zufrieden über die Wahl Condoris.

Cossío gelang es nach seiner Suspendierung, nach Paraguay zu flüchten, wo er politisches Asyl beantragt hat. Die bolivianische Regierung fordert seine Auslieferung, die aber von Paraguay vorläufig abgelehnt wurde, da man erst über den Asylantrag entscheiden müsse. Inzwischen hat das paraguayische Parlament an die zuständige Behörde die Empfehlung ausgesprochen, Cossío das Asyl zu gewähren. In Tarija sind seit

Cossíos Flucht fünf seiner engen Mitarbeiter unter Hausarrest gestellt worden.

Cossío hatte bereits im November 2010 für Schlagzeilen gesorgt, da er den Finanzminister, die Justizministerin und MAS-Funktionäre aus Tarija beschuldigte, seine Regierung stürzen zu wollen. Er veröffentlichte die Tonaufnahme eines Treffens des MAS in Tarija mit Beteiligung der oben genannten Personen, in der ein lokaler Abgeordneter des MAS anführte, dass die Partei die Kontrolle über die Judikative und die Wahlgerichtsbarkeit besitze und Cossío „weg müsse“. Finanzminister Arce gab zu, an dem Treffen teilgenommen zu haben, bestritt aber die Umsturzpläne. Die Justizministerin Copa negierte ihre Teilnahme und drohte rechtliche Schritte gegen den inzwischen suspendierten Gouverneur an. Der Abgeordnete Poma gab zu, dass es sich bei der Aufnahme um seine Stimme handelte, sagte aber, er habe die Kontrolle des MAS über die Verfassungsorgane im übertragenen Sinne gemeint. Natürlich seien Justiz und Wahlgerichtsbarkeit in Bolivien unabhängig.

Gegen Cossío laufen noch weitere Verfahren, in denen es bisher jedoch nicht zu einer formellen Anklage gekommen ist. In den meisten Fällen wird ihm vorgeworfen, dem Staat wirtschaftlichen Schaden zugefügt zu haben.

Durch die Suspendierung Cossíos sind nunmehr lediglich zwei oppositionelle Gouverneure im Amt: Rubén Costas in Santa Cruz und Ernesto Suárez in Beni. Auch ihnen werden die Veruntreuung von öffentlichen Geldern und die Missachtung der Verfassung während ihrer Amtszeit als Präfekten vorgeworfen. Costas, Suárez und Cossío hatten im Jahr 2008 in ihren Departements Autonomiereferenden durchgeführt, die die Regierung als verfassungswidrig ansieht.

Am 2. Dezember entschied der Oberste Gerichtshof, ein Verfahren wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder gegen den Gouverneur und ehemaligen Präfekten von Beni, Ernesto Suárez, an die gewöhnlichen Gerichte zu übergeben. Die Anwälte von Suárez betonen, dass es sich um angebliche

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOLIVIEN

SUSANNE KÄSS

4. Januar 2011

www.kas.de/bolivien

www.kas.de

Vergehen aus seiner Amtszeit als Präfekt handelt, in der noch die alte Verfassung und das alte Gesetz der Verantwortungsverfahren (*juicios de responsabilidades*) gültig waren, wonach Präfekten Anrecht auf ein Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof mit bestimmten Vorrechten hatten. Im Rahmen dieses speziellen Verfahrens wäre eine Suspendierung nur nach gesprochenem Gerichtsurteil möglich. Nach der neuen Verfassung und dem neuen Gesetz der Verantwortungsverfahren genießen Gouverneure keine Vorrechte mehr und werden wie andere Bürger auch in normalen Strafverfahren verurteilt. Im Rahmen eines gewöhnlichen Strafprozesses reicht bereits eine formale Anklage aus, um die Suspendierung einzuleiten. Experten meinen, dass diese im Fall von Suárez bereits sehr bald vollzogen werden könnte. Da die Partei von Suárez, *Todos por el Beni*, in der departamentalen Gesetzgebenden Versammlung ebenfalls keine Mehrheit besitzt, könnte auch er durch einen Politiker des MAS ersetzt werden.

Nur die Partei von Rubén Costas, *Los Verdes*, verfügt in der Gesetzgebenden Versammlung von Santa Cruz über eine klare Mehrheit. Auch er soll strafrechtlich belangt werden, aber aufgrund der großen Unterstützung, die er in Santa Cruz genießt, dürfte seine Suspendierung sehr viel schwerer durchzusetzen sein.

Die Regierung hat bereits bekanntgegeben, dass sie auf die Suspendierung des Bürgermeisters von La Paz, Luis Revilla, hofft. Luis Revilla stammt aus der Partei *Movimiento Sin Miedo* (MSM), die mit dem MAS bis Januar 2010 eine Allianz bildete und als linksdemokratisch zu bezeichnen ist. Der MAS kündigte das Bündnis auf, da er zu den Kommunalwahlen im April 2010 eine eigene Kandidatin aufstellen wollte, obwohl der MSM in La Paz seit über 10 Jahren den Bürgermeister stellt und eine erfolgreiche Kommunalpolitik betreibt. Luis Revilla, der Kandidat des MSM, gewann im April mit 48,5% der Stimmen und 7,5% Vorsprung vor der Kandidatin des MAS. Seitdem bemüht sich der MSM unter Führung des ehemaligen Bürgermeisters von La Paz, Juan del Granado, sich als linksdemokratische Alternative zum MAS zu profilieren. Die

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Revilla, da er angeblich über seine Repräsentationskosten in der vorigen Legislaturperiode, in der er Vorsitzender des Stadtrats war, nicht korrekt Rechenschaft abgelegt hat. Es wird ihm vorgeworfen, dem Staat einen wirtschaftlichen Schaden in Höhe von 3800 Bolivianos (ca. 400 Euro) zugefügt zu haben. Mitte Dezember verhängte ein Richter ein Reiseverbot für Revilla und forderte von ihm eine Kautions von 100.000 Bs. (ca. 10.600 Euro), um ihn auf freiem Fuß zu lassen, die innerhalb von 72 Stunden entrichtet werden musste. Der MSM startete eine Sammelaktion in La Paz und die Bevölkerung spendete in 36 Stunden 117.784 Bs. Revilla zahlte die Kautions und konnte somit seine Verhaftung verhindern. Er darf das Land allerdings nicht verlassen und muss alle 14 Tage bei der Staatsanwaltschaft vorstellig werden.

Gegen den Parteivorsitzenden und möglichen Präsidentschaftskandidaten für 2014, Juan del Granado, wurde ebenfalls ein Verfahren eingeleitet. Er soll dem Staat durch den Bau der Drillingsbrücken in La Paz wirtschaftlichen Schaden zugefügt haben, da sie 4,5 Millionen US-Dollar teurer waren als ursprünglich geplant. Del Granado führt an, dass die beauftragte Firma drohte, den Vertrag aufzulösen, da der Stahlpreis sich während des Projekts mehr als verdoppelt hatte und somit die Kostenkalkulation geändert werden musste. Die Regierung sei von diesen Änderungen in Kenntnis gesetzt worden und habe einem Vertragszusatz zugestimmt. Die Regierung selbst handelte mit der Andinen Kooperation für Förderung (Cooperación Andina de Fomento) einen neuen Kredit über 5 Millionen US-Dollar aus und erließ ein Regierungsdekret, das Mehrkosten bei Infrastrukturmaßnahmen aufgrund der erhöhten Materialpreise genehmigte. Die Regierung unterzeichnete weiterhin ein Abkommen mit der Gemeinde La Paz, um ihr den Zugang zum neuen Kredit zu gewähren. Der Prozess in dieser Sache soll ebenfalls auf die ehemaligen Stadträte des MSM und somit auch auf Revilla ausgeweitet werden, da sie ihre Kontrollfunktion nicht verantwortungsbewusst wahrgenommen hätten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOLIVIEN

SUSANNE KÄSS

4. Januar 2011

www.kas.de/bolivien

www.kas.de

Neuerdings wirft der MAS dem MSM vor, für die gewalttätigen Ausschreitungen in La Paz im Rahmen der Proteste gegen die Erhöhung der Benzinpreise verantwortlich zu sein. Der MSM hätte Schlägertrupps finanziert, die vor allem gegen das Denkmal des Che Guevara und venezolanische Fahnen vorgegangen sein. Der MSM sei die neue Rechte in Bolivien.

Konfrontationen zwischen Regierung und katholischer Kirche

Das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der Regierung von Präsident Evo Morales ist bereits seit dessen erster Amtszeit gespannt, in der die Regierung die Konfrontation mit der katholischen Kirche suchte, um deren Machtstellung in Frage zu stellen. Doch in den letzten Monaten hat sich der Konflikt deutlich verschärft.

Im Rahmen der Debatte über das „Gesetz gegen Rassismus und jegliche Form der Diskriminierung“ kritisierte die katholische Kirche einzelne Artikel, die ihrer Ansicht nach die Meinungsfreiheit in Bolivien empfindlich einschränkten. Das im Oktober 2010 verabschiedete Gesetz sieht schwere Haftstrafen für Journalisten vor, die rassistische oder diskriminierende Inhalte verbreiten und bietet die Möglichkeit, den jeweiligen Medien die Lizenz zu entziehen. Journalistenverbände protestieren seitdem gegen das Gesetz, weil sie befürchten, dass es zur Kriminalisierung der Medien genutzt werden könnte. Evo Morales reagierte auf die Ausführungen der Kirche mit der Aussage, dass alle Kritiker des Gesetzes Rassisten seien.

Im Rahmen der Eröffnung der 90. Tagung der bolivianischen Bischofskonferenz verlas der Bischof von Sucre, Jesús Pérez, ein Kommuniqué der bolivianischen Bischöfe. In diesem wurde vor der Etablierung einer rein formalen Demokratie in Bolivien ohne Werte und ethische Prinzipien gewarnt. In Bolivien würden individuelle Freiheiten nicht genügend geachtet, die Situation der Armen habe sich nicht wesentlich verbessert, die Arbeitslosigkeit im formellen Sektor steige und der Drogenhandel drohe, das Land zu zerreißern.

Die Regierung reagierte sofort. Vizepräsident Álvaro García Linaera forderte, die Kirche solle Seelen retten, statt sich in die Politik einzumischen. Sonst übernehme sie die Funktion einer Oppositionspartei. Innenminister Sacha Llorenti fand noch deutlichere Worte: Die hohen Kirchenmänner seien Vertreter des kolonialen Staates und Sprecher der Reichen. Außerdem sei die katholische Kirche eine der undemokratischsten Institutionen in der Geschichte der Menschheit. Sie sei machistisch, paternalistisch und reaktionär.

Die Bischöfe betonten daraufhin, dass es nicht ihre Absicht sei, Politik zu machen, sie es aber sehr wohl als ihre Mission verstünden, sich mit den sozialen und politischen Problemen Boliviens auseinanderzusetzen. Bei einem Treffen mit Bischöfen auf den Philippinen betonte Papst Benedikt XVI., dass die Kirche auch Werturteile über die politische Ordnung treffen dürfe, da diese die Gesamtentwicklung des Menschen betreffe, die im Interesse der Kirche liege.

Die Polemik spitzte sich zu, als der Erzbischof von Cochabamba, Tito Solari, seiner Besorgnis Ausdruck verlieh, dass Kinder und Jugendliche in der Region Chapare in den Drogenhandel verstrickt seien. Der Chapare ist die größte Kokaanbauregion Boliviens. Die große Mehrheit der Kokabauern aus dem Chapare unterstützt den MAS. Präsident Evo Morales ist weiterhin oberster Gewerkschaftsführer der Kokabauern dieser Region. Es ist bekannt, dass der Kokaanbau in den letzten Jahren massiv angestiegen ist. Das „Gesetz 1008“ beschränkt die legale Anbaufläche in Bolivien auf 12000 Hektar, nach Schätzungen der Vereinten Nationen ist diese inzwischen jedoch auf über 50000 Hektar angestiegen. Diese Menge geht weit über den Bedarf der Produzenten traditioneller Kokaprodukte (Tee, Blätter zum Kauen, Zahnpasta etc.) hinaus. Vor allem im Chapare beschlagnahmt die Polizei regelmäßig große Mengen an Kokain. Auch internationale Drogenkartelle scheinen im Land tätig zu sein.

Die Aussage von Erzbischof Solari sorgte vor allem unter den Kokabauern für Entrüstung. Diese forderten eine offizielle Ent-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOLIVIEN

SUSANNE KÄSS

4. Januar 2011

www.kas.de/bolivien

www.kas.de

schuldigung oder die Ausweisung des Erzbischofs italienischer Staatsbürgerschaft aus Bolivien. Große Teile der Gesellschaft kritisierten die heftige Reaktion der Kokabauern. Schließlich sei es bekannt, dass Jugendliche strafrechtlich noch nicht verfolgt werden könnten und deswegen Drogenbanden ein Interesse daran hätten, sie für ihre Zwecke zu missbrauchen. Sogar der Polizeipräsident Boliviens, Óscar Nina, bestätigte, dass im Chapare Kinder und Jugendliche in den Drogenhandel involviert seien. Allerdings bestritt er seine Aussage einen Tag später und sagte, die Medien hätten ihn falsch interpretiert. Vertreter des MAS kritisierten, Solari vertrete US-amerikanische Interessen und hinter den Anschuldigungen stecke die 2008 aus Bolivien ausgewiesene DEA (*Drug Enforcement Agency*) der USA. Evo Morales lehnte zwar die Forderung der Kokabauern ab, Solari des Landes zu verweisen, führte aber an, er halte ihn für einen Sprecher des *State Departments* der USA.

Der Erzbischof entschuldigte sich Anfang Dezember bei den Kokabauern. Er habe niemanden angreifen wollen, sondern sei um das Wohlergehen der Familien in seiner Diözese besorgt. Man müsse gemeinsam gegen den Drogenhandel kämpfen, da dieser sonst soziale Strukturen und den sozialen Frieden in Bolivien zerstören könne.

Im Dezember wurde ebenfalls gegen den Widerstand der Kirche das neue Bildungsgesetz erlassen, das z.B. den Religionsunterricht in den Schulen abschafft und außerdem die Schließung der kirchlichen Hochschulen zur Lehrerausbildung vorsieht. Diese Ausbildung von Lehrern wird in Zukunft exklusive Kompetenz des Staates an extra dafür bestimmten Instituten sein. Auch die Universitäten dürfen keine Lehrer mehr ausbilden. Das Bildungsgesetz definiert ebenfalls die Ziele der Bildung. Sie soll unter anderem „dekolonisierend, revolutionär und antiimperialistisch“ sein. Es darf zwar keine Religion mehr an den Schulen unterrichtet werden, dafür wird aber „die Kosmvision der Aymaras“ im ganzen Land zwingend in die Lehrpläne aufgenommen. Die katholische Kirche hatte Änderungsvorschläge für den Gesetzesentwurf gemacht,

die von der Regierung nicht aufgegriffen wurden. Die Kirchen sind vom neuen Bildungsgesetz besonders betroffen, da sie in Bolivien zahlreiche Schulen, Institute und Universitäten betreiben.

Ausblick

Der „*Gazolinazo*“ hat das ganze Land in einen Ausnahmezustand versetzt. Noch ist die Frage nicht zu beantworten, warum die Regierung diese extreme Entscheidung getroffen hat, wohl wissend, dass in Bolivien bereits Präsidenten wegen wirtschaftlich die Bevölkerung weniger treffenden politischen Maßnahmen gestürzt worden sind. Die hohe Popularität des Präsidenten wurde auf eine schwere Probe gestellt. Die Vermutung liegt nahe, dass die Wirtschaftspolitik der Regierung gescheitert ist und diese nun nach einem Rettungsanker sucht. Man scheint eingesehen zu haben, dass man langfristig gegen die Gesetze der internationalen Märkte nicht ankommen kann. Die bolivianische Wirtschaft jedoch so einem extremen Schock auszusetzen, scheint vor der Entscheidung wenig durchdacht worden zu sein. Außerdem hat sich die Regierung in ihrer Vormachtsstellung scheinbar zu sicher gefühlt. Als der Präsident sich bewusst wurde, dass die Entscheidung ihn sein Amt kosten könnte, legte er den Rückwärtsgang ein. Die Maßnahme traf vor allem die Geringverdiener und somit diejenigen, für die sich der MAS immer besonders einsetzen wollte. Somit hat die Regierung mit dieser Episode eine wohl schwer zu überwindende Lücke zwischen dem Anspruch der Partei und der Realität aufgerissen und deutlich an Vertrauen in der Bevölkerung eingebüßt.

Die Vorfälle in den letzten Wochen haben die Regierung stark angeschlagen. Sie sollte sich gut überlegen, ob sie im Rahmen dieses Panoramas die offene Konfrontation mit der Opposition und der katholischen Kirche fortführen will.

Sollten einige oppositionelle Bürgermeister und Gouverneure in der Vergangenheit gegen die Gesetze verstoßen haben, müssen sie dafür rechtlich belangt werden. Allerdings haben sie ein Anrecht auf ein gerechtes Verfahren und sollten so lange als un-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOLIVIEN

SUSANNE KÄSS

4. Januar 2011

www.kas.de/bolivien

www.kas.de

schuldig gelten, bis ihre Schuld bewiesen ist. Sie ohne jegliche Beweise jedoch von ihren Ämtern zu entheben und in den meisten Fällen durch MAS-Politiker zu ersetzen weist auf politische Willkür und ein hegemoniales Machtprojekt der Regierungspartei hin.

Die katholische Kirche genießt in der bolivianischen Bevölkerung ein hohes Ansehen, da sie sich immer besonders für die arme Bevölkerung eingesetzt hat. Gerade vor dem Hintergrund des „Gazolinazos“ sollte die Regierung es sich gut überlegen, ob sie die Polemik fortführen will, da die Kirche sich zu einem einflussreichen Gegenspieler weiterentwickeln könnte.